Dieth warnt vor Steuerausfall, Freiermuth sieht Schwarzmalerei

Wenn es um die Individualbesteuerung geht, sind sich Finanzdirektor Markus Dieth und FDP-Präsidentin Sabina Freiermuth nicht einig.

Fabian Hägler



Markus Dieth, Regierungsrat und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, wirbt für ein Nein am 8. März. Bild: Alex Spichale



Sabina Freiermuth, Grossrätin und Präsidentin der FDP Aargau, kritisiert die Warnungen vor hohen Steuerausfällen. Bild: Raphaël Dupain

Der Aargauer Regierungsrat empfiehlt ein Nein zur Individualbesteuerung, wie er schon Mitte Dezember mitteilte. Er teilt zwar das Ziel, die steuerliche Benachteiligung von verheirateten Paaren zu beenden, hält das Vorgehen aber für falsch. Die Regierung glaubt, dass der Systemwechsel zur Beseitigung der Heiratsstrafe zu neuen Ungleichheiten führen würde. «Besonders Einverdienerehepaare und Familien mit tiefem Zweiteinkommen würden durch die Individualbesteuerung stärker belastet als heute», hiess es zur Erklärung.

Dazu würde ein hoher administrativer Aufwand entstehen und Kanton sowie Gemeinden hätten mit Steuerausfällen im dreistelligen Millionenbereich zu rechnen, warnte die Regierung. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen, die vom Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth präsidiert wird, ist gegen die Individualbesteuerung. Dieth selber äusserte sich kürzlich in einem Interview im «Tages-Anzeiger» zum Thema und nannte dabei auch konkrete Zahlen für den Kanton.

Dieth warnt: 950 Millionen weniger im Aargau?

Bei einem Ja müsste der Aargau mit rund 7 Millionen Franken weniger aus der direkten Bundessteuer rechnen, sagte der Finanzdirektor. Massiv höher wären die Ausfälle bei Kantons- und Gemeindesteuern. «Wenn keine Personengruppe stärker belastet werden soll, ist mit Mindereinnahmen von bis zu rund 500 Millionen Franken beim Kanton und bis zu 450 Millionen Franken bei den Gemeinden zu rechnen.»

«Das hätte starke Sparmassnahmen zur Folge – etwa bei der Bildung, im Gesundheitswesen oder bei der Sicherheit», warnte Dieth. Oder die Steuern müssten erhöht werden, um die wegfallenden Einnahmen im Aargau zu kompensieren. «Wollen wir solche Ausfälle vermeiden, müssten 40 Prozent der Verheirateten mehr Kantons- und Gemeindesteuern zahlen», rechnete der Finanzdirektor vor.

Freiermuth kritisiert: «Was für eine Schwarzmalerei»

«Im Abstimmungskampf zur Individualbesteuerung treiben die Kantone ein unschönes Spiel», findet Sabina Freiermuth, Präsidentin der FDP Aargau und Mitglied im kantonalen Ja-Komitee. «Was für eine Schwarzmalerei», sagt sie zur Warnung von Finanzdirektor Dieth vor Steuerausfällen über hunderte von Millionen Franken bei Kanton und Gemeinden.

Freilich könne es die Regierung mit einem solchen Umsetzungsvorschlag versuchen, aber: «Der Grosse Rat wie auch die Bevölkerung würden ihn wohl jäh stoppen», sagt Freiermuth. Denn die neuen Steuertarife und Abzüge würden im demokratischen Verfahren mit Gesetz, Parlamentsberatung und Volksabstimmung ordentlich festgelegt. «Nachteile lassen sich also abfedern. Wo ein Wille, da ein Weg», betont sie.

Schlicht unwahr sei zudem die Behauptung, die Heiratsstrafe sei auf kantonaler Ebene beseitigt. «Im Aargau zahlen Ehepaare je nach Einkommensverteilung bis zu 50 Prozent mehr Steuern als Konkubinatspaare», sagt Freiermuth. Und auch den administrativen Mehraufwand, vor dem die Regierung warnt, lässt die FDPlerin nicht gelten.

«Das ist schlicht eine faule Ausrede», sagt die Grossrätin, dies könne nicht als Argument gegen eine Steuersenkung für Ehepaare dienen. Freiermuth hält fest, dass der Städteverband – der von ihrem Parteikollegen Hanspeter Hilfiker präsidiert wird – die Reform ausdrücklich begrüsse. Dessen Steuerämter setzten auf bewährte digitale Instrumente und freuten sich auf die Vereinfachung des Steuersystems nach der Einführungsphase.